

### Gruppenbild des Volkes

Sechshundert Interviewer machen sich jedesmal mit einem sorgfältig vorbereiteten Fragebogen auf den Weg, wenn eine Industriefirma, eine politische Partei oder gar die Bundesregierung das Allensbacher „Institut für Demoskopie“ beauftragt, die Meinung der westdeutschen Bevölkerung beispielsweise über die Wirkung einer neuen Verpackung, eines Parteiprogramms oder der Regierungspolitik zu erforschen. Seit das Allensbacher Institut im Jahre 1947 gegründet wurde,

auf 2176 Fragen — einen aufschlußreichen Einblick in die Mentalität der Nachkriegsdeutschen.

Viele der vorherrschenden Meinungen werden durch die „Ja“- und „Nein“-Tabellen des Buches widerlegt, viele aber auch bestätigt, so zum Beispiel die Auffassung, daß der Bundesdeutsche kein besonders eifriger Kirchgänger ist. Die Demoskopien berichten: Während nur 52 Prozent der Katholiken regelmäßig am Gottesdienst teilnehmen, gehen bei den Protestanten lediglich 13 Prozent regelmäßig und 28 Prozent unregelmäßig in die Kirche. Sechs Prozent der befragten CDU- und CSU-Anhänger gaben zu erkennen, daß sie nie den Gottesdienst besuchen.

Zu dieser Einstellung paßt es, daß die Bürger, die auf Fragen aus der „Intimsphäre“ antworteten, eine freizügige Auf-

Deutschen ist noch immer das Schweinekotelett (54 Prozent).

Die Allensbacher Demoskopien untermauern mit ihren Prozentzahlen auch die vorherrschende, oft beklagte Meinung, daß sich der durchschnittliche Bundesbürger nicht um die Politik kümmert. 32 Prozent der Bundesbürger interessieren sich „überhaupt nicht“ und 41 Prozent „nicht besonders“ für Politik (bei den Frauen 50 und 39 Prozent). Kein Wunder, daß 53 Prozent das Gefühl haben, politisch nicht genügend informiert zu sein.

Aber auch für „Bildung und Wissen“ hatten die Bundesbürger nicht viel übrig: 35 Prozent aller Befragten hatten nicht ein einziges Buch in ihrer Wohnung. Dafür steigt die Zahl derer, die einmal oder öfter in jedem Monat ins Kino gehen; sie kletterte von 31 Prozent (Januar 1950) auf 46 Prozent (Juni 1955).

Die unter der Rubrik „Mentalität“ zusammengefaßten Antworten lassen den Schluß zu, daß das Lebensgefühl des Bundesbürgers steigt: Die Umwelt erscheint ihm nicht mehr so feindlich wie noch kurz nach der Währungsreform. Noch 1949 glaubten 46 Prozent aller Befragten, es gebe mehr böswillige als gutwillige Menschen. In den darauffolgenden Jahren sank diese Zahl stetig — auf 43 Prozent (1951) und 34 Prozent (1953). Umgekehrt: Im Jahre 1949 waren nur 33 Prozent der Auffassung, es gebe mehr Gutwillige — 1953 waren schon 40 Prozent dieser Meinung.

#### Gute Meinung von Göring

„Geschichtsbild — Große Deutsche“ heißt ein Kapitel des Jahrbuches. In dem hinter Bismarck (30 Prozent) und Adenauer (17), Hitler (7) an dritter Stelle als derjenige Staatsmann genannt wird, der am meisten für Deutschland getan hat. Zehn Prozent sind der Auffassung, Hitler sei der größte Staatsmann dieses Jahrhunderts, 22 Prozent nennen ihn einen „vorzüglichen Staatsführer mit kleinen Fehlern“, und 40 Prozent meinen, er habe manches Gute vollbracht, aber seine verhängnisvollen Taten hätten überwogen. Nur 28 Prozent bezeichnen Hitler als gewissenlosen Politiker. Allerdings: Als bei einer anderen Umfrage eine Liste mit den Namen der führenden Männer des Dritten Reichs vorgelegt wurde und die Befragten zu einem Kommentar aufgefordert wurden, äußerten 47 Prozent „keine gute Meinung“ über Hitler. Bei manchen anderen NS-Größen überlagerte die Antwort „gute Meinung“: bei Schacht (42 Prozent) und Göring (37 Prozent).

Über die Größen der Bundesregierung konnten viele der Befragten dagegen überhaupt nichts sagen: Die meisten Minister waren ihnen unbekannt. Daß zum Beispiel 83 Prozent den Namen des Ministers ohne besondere Aufgaben Hermann Schäfer nicht kannten, entspricht begründeten Erwartungen. Erstaunlich ist dagegen, daß immerhin 65 Prozent schon von dem Arbeitsminister Anton Storch gehört hatten.

Im Februar des vergangenen Jahres hatten die Allensbacher ihre Interviewer mit der Frage losgeschickt: „Wenn wir eines Tages vor der Wahl stehen, entweder Europa sowjetisch werden zu lassen oder uns mit allen Mitteln gegen die Russen zu verteidigen — was ist dann wichtiger: unsere Lebensform zu verteidigen, auch wenn es dabei zu einem Atomkrieg kommt — oder vor allem den Krieg zu vermeiden, auch wenn man dann unter einer kommunistischen Regierung leben wird?“ Fast gleich viele antworteten „Unsere Lebensform verteidigen“ (38 Prozent) und „Vor allem Krieg vermeiden“ (34 Prozent).

54 Prozent der Befragten glaubten auch, daß die westlichen Alliierten sich sofort



Demoskopie-Ehepaar Noelle-Neumann: Fragen aus der Intimsphäre

haben die Meinungsforscher in ihren Fragebogengesprächen die Antworten auf Tausende von Fragen notiert.

Im vergangenen Monat veröffentlichten nun die Leiter dieses bekanntesten deutschen Demoskopie-Unternehmens, die Eheleute Dr. Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, den Extrakt des achtjährigen Forschungsprogramms in einem „Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947—1955“, dessen lexikalisch geordnete Tabellen, wie die Forscher behaupten, ein „auf neuartige Weise gewonnenes Gruppenbild des deutschen Volkes“ präsentieren\*.

„Wir sind uns klar darüber“, schränkte das Demoskopie-Ehepaar allerdings ein, „daß es sich dabei um kein vollständiges Bild handelt, sondern um erste Konturen...“

Trotz aller Mängel, die das abstrakte demoskopische Gemälde enthalten mag, bieten die auf 412 engbedruckten Seiten arrangierten Statistiken — die Antworten

fassung offenbaren. 58 Prozent der Befragten — Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind kaum vorhanden — halten intime Beziehungen zwischen unverheirateten Menschen für zulässig, 13 sogar für notwendig und nur 16 Prozent für verwerflich.

Ein Drittel der Bundesbürger hat nichts dagegen, wenn eine unverheiratete Frau Mutter wird, 41 Prozent deuten mit einem „Kommt darauf an“ bestimmte Bedingungen an, die ihrer Ansicht nach zuvor erfüllt sein sollten, und nur 18 Prozent verurteilen es.

Die technische Ausstattung der westdeutschen Familien verbessert sich zunehmend. 56 Prozent der Haushalte haben eine Nähmaschine, 39 Prozent einen Staubsauger, zehn Prozent einen elektrischen Kühlschrank und neun Prozent eine elektrische Waschmaschine.

Auch der Fleischgenuß ist ein Wohlstands-Indikator: 27 Prozent der Westdeutschen essen Fleisch fünfmal und öfter, 42 Prozent drei bis viermal in der Woche, nur 19 Prozent zweimal und ganze acht Prozent einmal. Die Lieblingsessspeise des

\* „Jahrbuch der öffentlichen Meinung“, herausgegeben von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann. Verlag für Demoskopie, Allensbach am Bodensee, 412 Seiten; 52 Mark.

## WAS NÖTIG IST: AUSBILDUNG!

bei einem Angriff zurückziehen würden. Nur 36 Prozent erwarteten, daß bei einem solchen Angriff der Westen der Stärkere bleiben werde (1952). Diese Zahl sank bis zum Dezember 1954 sogar auf 24 Prozent. Diese Einschätzung macht auch verständlich, daß den Westdeutschen die Sicherheit vor den Russen in zunehmendem Maße wichtiger ist (1952: 51 Prozent, 1954: 59 Prozent) als die Einheit (33/27 Prozent).

Auf die Frage: „Was würden Sie tun, wenn morgen ein Krieg mit Rußland ausbrechen würde?“, meinten die meisten der befragten jungen Männer (46 Prozent) „gar nichts — abwarten...“ Nur 30 Prozent erklärten den Interviewern, sie wollten gegen die Russen kämpfen.

So rundet sich das Bild des Durchschnitts-Deutschen, mit dem die Politiker es zu tun haben, wenn sie sich im nächsten Jahr zur Kampagne für die Bundestagswahlen rüsten. Wenn sie ihre Wahl-Sprüche auf die Ermittlungen der Allensbacher Demoskopien stützen wollten, so müßten sie sich in ihren Wahlreden nicht so sehr für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einsetzen, sondern für die Wiedervereinigung.

### Ratschlag für Adenauer

Die Antworten auf die Frage: „Was halten Sie für die wichtigste Frage, mit der man sich in Westdeutschland heute allgemein beschäftigen sollte?“ ließen erkennen, daß sich hier in den letzten Jahren das Interesse verlagert hat — wenn sie nicht eher als ein Indiz dafür zu werten sind, daß sich komplizierte Sachverhalte nicht immer auf die Formel einer kurzen Frage reduzieren lassen. Die Demoskopien notierten jedenfalls: Noch im Oktober 1951 waren mehr Bundesbürger für eine „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage“ (45 Prozent) als für die Wiedervereinigung (18 Prozent). Im Januar 1955 nannten dagegen schon 34 Prozent der Befragten die Wiedervereinigung und nur noch 28 Prozent die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Nicht in das Jahrbuch aufgenommen wurden die Analysen einiger Untersuchungen, die im Auftrag des Bundespresseamtes vor den letzten Bundestagswahlen durchgeführt worden waren. Das Buch enthält lediglich die Zahlenergebnisse dieser Umfragen, nicht aber die Erkenntnisse, die eine genaue soziologische Analyse der Fragebogenantworten den Demoskopien verschaffte.

Die Prinzipien, nach denen die Meinungsforscher ihre Statistiken analysieren, sind Allenbacher Geheimnis. Nur soviel wurde bekannt: Auf Grund dieser analytischen Auswertung hatte E. P. Neumann dem Bundeskanzler und der CDU vor der Bundestagswahl des Jahres 1953 den Rat gegeben:

▷ „Die Wahl muß ganz im Zeichen des Bundeskanzlers stehen. Die Leute sind zufrieden mit ihm.“

Die Wahlergebnisse bestätigten die Erkenntnisse der Demoskopien, und kürzlich verriet Frau Dr. Noelle-Neumann: „Die Beobachtungen der Parteianhängerschaft durch die Meinungsforschung förderte etwas zutage, was sich auf andere Weise nicht hätte ermitteln lassen: Eine Bundestagswahl, deren Termin zwischen 1951 und dem Beginn des Jahres 1953 gelegen hätte, dürfte sehr wahrscheinlich zu einem Wahlsieg der SPD geführt haben und damit zu einer Ablösung des Kabinetts Adenauer. Die ersten Anzeichen für den Wahlerfolg Dr. Adenauers im Herbst 1953 machten sich erst im Frühjahr des gleichen Jahres bemerkbar.“

Professor Leo Brandt, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, hielt auf dem Münchner Parteitag der SPD eine viel beachtete Rede über Probleme der Atomwirtschaft und der Automatisierung, in der er auf die Kalamitäten der Forschung und der Ausbildung technischen Nachwuchses in der Bundesrepublik hinwies. Professor Brandt sagte unter anderem:

Die Förderung der Forschung in Deutschland ist unzureichend, freundliche Verbeugungen bei Jahresveranstaltungen, Mäzenatentum mit kleinen Summen tun es nicht. Die Aufwendungen der anderen Völker sind ein Vielfaches, denken wir an die Zahl 360 Millionen Mark für Atomforschung in England. Für die Forschung auf dem Gebiet der Kernverschmelzung sollen die Forschungsaufwendungen in den Vereinigten Staaten genauso groß wie auf dem gesamten übrigen Atomgebiet sein; allein für den Zusammenklang zwischen Atomforschung und Biologie stellt Amerika 200 Millionen Mark jährlich zur Verfügung. Ein einziges kernphysikalisches Gerät, herausgegriffen aus der gewaltigen Breitenarbeit Rußlands auf dem Atomgebiet, kostet eine halbe Milliarde Mark. Die Professoren Bagge und Gentner, die mit 100 westlichen Kernphysikern in Moskau waren, schildern eindrucksvoll die dortigen Anstrengungen; jährlich bildet man 2000 Kernphysiker aus, bei uns 50.

Der Ansatz für Forschungsmittel zur Durchführung von konkreten Forschungsaufgaben im Bundeswirtschaftsministerium beträgt 2,5 Millionen Mark.

Welch unverständliche, unwahrscheinlich lebensfremde Entscheidung des Bundestages; der Antrag der SPD-Fraktion, diese Mittel auf 50 Millionen Mark zu erhöhen, der sich mit dem sorgfältig fundierten Antrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft deckt, wurde abgelehnt. Warum? Das zeigt eine wahre Begebenheit aus dem genannten Ministerium. Als ein Oberregierungsrat vor einigen Jahren, als der Ansatz 1 Million Mark betrug, eine Erhöhung auf 10 Millionen Mark, auch im Hinblick auf die Anstrengungen Nordrhein-Westfalens in dieser Hinsicht, beantragte, wurde ihm von höheren Vorgesetzten eröffnet: „Sie verkennen den Geist des Hauses. Zurverfügungstellung von Forschungsmitteln ist Staatsdirigismus, forschen soll die Industrie. Sie werden verwirrt. Die Null wird gestrichen, seien Sie froh, daß wir die Eins nicht streichen.“ Das Ergebnis dieser Einstellung im Wirtschaftsministerium war die Schaffung eines besonderen Atomministeriums. Müssen auch ein Forschungsministerium und ein Produktionsministerium vom Bundeswirtschaftsministerium abgespalten werden?

Wo kommen die Menschen her, die in all den Laboratorien tätig sein werden, wenn wir uns den Ruck geben, den wir erstreben, unsere Zukunft entscheidend auf Forschung, geistige Arbeit und Planung aufzubauen, um nicht völlig gegen andere Nationen, insbesondere den Osten, zurückzufallen, der nach

englischen Quellen schon heute 15 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Welt, in zehn Jahren wahrscheinlich 40 Prozent publiziert?

Einige sehr kennzeichnende Zahlen: England, in der Gefahr gegen Rußland zurückzubleiben, beschloß dieses Jahr, für eine dreijährige Periode für Neubauten für den technischen Studienbetrieb 1,2 Milliarden Mark aufzuwenden, dazu jährliche öffentliche Stipendien in Höhe von 133 Millionen.

Die russische Ausbildung der Armee der technischen Talente wurde durch einen zum Unterrichtsminister ernannten General, S. A. Boubnow, organisiert. Schrecklich.

Das Ergebnis: Rußland lieferte 1950 28 000 Universitätsingenieure, augenblicklich jährlich 60 000 Universitäts- und 70 000 Fachingenieure, 1960 200 000.

Die Vereinigten Staaten weisen nur noch einen jährlichen Zugang von 22 000 Universitätsingenieuren auf, 1950 waren es noch 50 000, die Zahl der anderen Ingenieure und Techniker ist unbekannt. Dr. Schairer, in der Weimarer Republik Begründer des Deutschen Studentenwerkes, jetzt in London, veröffentlichte vor sechs Wochen sein dramatisches Büchlein „Technische Talente“ mit diesen und ähnlichen aufsehenerregenden Zahlen.

Immerhin, die Menschen, die wir jetzt brauchen, wären in Deutschland da. Die Zahl der Weißbektelten wird in gleichem

Maße zunehmen, wie die der Männer in blauen Arbeitsanzügen abnimmt. Die Intelligenz der Angehörigen unseres Volkes reicht völlig aus. Was nötig ist: Ausbildung, nochmals Ausbildung, Reform des Schulwesens von unten bis oben. Hilfe für den Nachwuchs, Heranziehen auch des letzten begabten jungen Menschen aus den minderbemittelten Schichten. 70 Prozent der englischen Studenten erhalten Stipendien, in USA und Rußland kann jeder studieren.

Sehen Sie sich gegenüber den Anstrengungen anderer Völker für Ihren Nachwuchs einmal die Not, Überbürdung und nutzlose Werkstudentenarbeit in deutschen Universitäten an.

Nur noch rund ein Drittel der Studierenden der Universität Frankfurt wurden 1955 voll von den Eltern erhalten. Weitere 26 Prozent erhalten jedenfalls noch Unterstützung von ihren Eltern. Ein volles Fünftel der Studentenschaft war dagegen ausschließlich auf eigenen Erwerb angewiesen, um das Studium zu finanzieren. 25 Prozent der Studenten standen während der Semester in laufender Arbeit, davon arbeitete der dritte Teil im Semester über 55 Wochenstunden. Woher sollten diese jungen Menschen noch die Kraft zum Studium haben?

Das Problem ist so ernst und gleichzeitig traurig wie kaum eines in Deutschland.



Professor Leo Brandt